

ARBEITSMARKT

Vom „kranken Mann Europas“ zu „Europe's Engine“

Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas

In den frühen 2000er Jahren wurde Deutschland oft als „kranker Mann Europas“ bezeichnet. Die Arbeitslosenquote lag 2005 bei 11 Prozent, knapp 5 Millionen Menschen waren arbeitslos. Dies hat sich grundlegend geändert. Deutschland gilt nach der Wirtschaftskrise als „ökonomischer Superstar“ oder „Europe's Engine“: die Zahl der Arbeitslosen sank auf unter 3 Millionen, die Arbeitslosenquote auf fünf Prozent. Die Beschäftigung liegt auf Rekordniveau. Insbesondere während der Wirtschaftskrise zeigte sich der deutsche Arbeitsmarkt erstaunlich robust – im Gegensatz zu vielen europäischen Nachbarn. Mit 7,7 Prozent der weltweiten Exporte erreichte Deutschland 2011 ein Allzeithoch der Ausfuhren. Als Ursache für diese Entwicklung werden häufig die „Hartz“-Reformen genannt, die 2003-2005 umgesetzt wurden und mit denen in erster Linie

internationalen Vergleich sukzessive verbessert. Die Exportbranche konnte dabei von günstigen Vorleistungen aus inländischen Branchen mit niedrigem Lohnwachstum sowie von günstigen importierten Vorleistungen insbesondere aus den osteuropäischen Ländern profitieren. In einem Umfeld, in dem die hohen Kosten der Wiedervereinigung die deutsche Volkswirtschaft belasteten und die zunehmende Globalisierung den Wettbewerbsdruck erhöhte, stellten hohe Tariflöhne ein zunehmendes Problem für die Unternehmen dar. Insbesondere die osteuropäischen Nachbarländer mit ihren günstigen, aber dennoch qualifizierten Arbeitskräften boten der deutschen Industrie die Möglichkeit, Teile ihrer Produktion in das Ausland zu verlagern, um Kosten zu sparen.

Dies veränderte die Verhandlungspositionen von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Letztere rückten von den in branchenweiten Tarifvereinbarungen festgelegten Regelungen zugunsten unternehmensspezifischer Regelungen ab, um Beschäftigung in den Unternehmen zu sichern. Dies bedeutete meist Zugeständnisse bei Löhnen wie auch bei Arbeitszeiten und weiteren Arbeitsbedingungen. Es kam zu einer zunehmenden Dezentralisierung der Verhandlungen von der Branchen- und Regionalebene auf die Ebene der einzelnen Unternehmen. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gaben einen Teil ihrer Macht zugunsten der lokalen Betriebsräte und Unternehmensführungen ab. Dies wurde dadurch verstärkt, dass die Tarifbindung der Beschäftigten deutlich abnahm und immer häufiger von Tariföffnungsklauseln Gebrauch gemacht wurde. So sank der Anteil von Beschäftigten mit einem Flächentarifvertrag zwischen 1995-2008 von 75 auf 56 Prozent, während der Anteil der Beschäftigten ohne Tarifvertrag von 14 auf 35 Prozent stieg.

Diese zunehmende Dezentralisierung der Lohnverhandlungen ermöglichte es, dass das Lohnwachstum insbesondere bei den weniger qualifizierten Arbeitnehmern moderat ausfiel, was entscheidend dazu beigetragen hat, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbesserte. In der Folge kam es zu einem Aufschwung am Arbeitsmarkt mit sinkender Arbeitslosigkeit und steigender Beschäftigung. Die Hartz-Reformen verstärkten diesen Prozess, indem sie Arbeitslose stärker aktivierten, wieder eine Beschäftigung zu finden. Dies gelang aufgrund des niedrigeren Lohnniveaus einfacher. So konnte Deutschland sich vom kranken Mann zum

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Dezentrale Lohnverhandlungen ermöglichten es nach der Wiedervereinigung, dass das Lohnwachstum moderat ausfiel.
- Die Lohnstückkosten sanken seit Mitte der 1990er Jahre und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbesserte sich spürbar.
- Von 2005 bis 2014 sank die Arbeitslosenquote von 11 auf 5 Prozent, die Beschäftigung stieg auf Rekordniveau.

Politikempfehlung:

- Tarifautonomie nicht unterhöhlen.
- Anpassungsfähigkeit des deutschen Tarifverhandlungssystems erhalten.
- Dezentrale und flexible Lohnverhandlungen ermöglichen.

ökonomischen Superstar wandeln. Dies ist einhergegangen mit einer schwindenden Macht von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.

Das deutsche System der Tarifautonomie, das es den Tarifpartnern überlässt, die Arbeitsbedingungen miteinander auszuhandeln, hat sich als sehr flexibel und anpassungsfähig gezeigt. So konnten die Herausforderungen gemeistert werden, die die Wiedervereinigung und die Öffnung der Märkte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit sich brachten. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes bedeutet eine Einschränkung der Tarifautonomie. Den Tarifvertragsparteien wird die Möglichkeit genommen, Löhne nach unten anzupassen, wenn dies aufgrund der wirtschaftlichen Lage notwendig werden sollte. Stattdessen ist die Lohnsetzung im Niedriglohnbereich in die politische Sphäre verlagert worden. In welchem Ausmaß dies die notwendige Anpassung in konjunkturell schwierigen Zeiten erschweren wird, wird sich erst noch zeigen.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Vom kranken Mann Europas zum ökonomischen Superstar: Gründe für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands“ mit Prof. Bernd Fitzenberger, Ph.D. (Humboldt-Universität Berlin) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin.

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12
10178 Berlin



Fitzenberger

Anreize für eine Arbeitsaufnahme von Arbeitslosen vergrößert und die Vermittlungseffizienz der Bundesagentur für Arbeit verbessert werden sollte. Allerdings hat das bereits in den 1990er Jahren einsetzende niedrige Lohnwachstum, das sich erst über die Zeit voll ausgewirkt hat, maßgeblich dazu beigetragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft gestiegen ist. Das hat den Boden bereitet, auf dem die Hartz-Reformen ihre Wirkung entfalten konnten.

Seit 1995 hat die Produktivität der deutschen Unternehmen deutlich zugenommen und sich ihre Wettbewerbsfähigkeit im

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: www.econwatch.org